



Den Schanzacker als Grünzug erhalten!

Im Jahr 2005 hat das Land seine Pläne aufgegeben, das Justizkrankenhaus vom Hohenasperg in das Gebiet Schanzacker zu verlagern. Stattdessen wurde das Gebiet Schanzacker im Regionalplan als Grünzug ausgewiesen. Als dann vor 15 Jahren die Aktualisierung des Regionalplans im Raum stand, wollte die Stadt Ludwigsburg den Schanzacker in eine Gewerbefläche für Speditionen umwandeln. Nach massivem Widerstand der Bürgerinnen und Bürger aus Asperg und Tamm scheiterten die Ludwigsburger Pläne und das Gebiet Schanzacker blieb im Regionalplan weiterhin als Grünzug erhalten.

Nun möchte das Land Baden-Württemberg dort eine Landeserstaufnahme (Lea) für bis zu 1.200 Geflüchtete errichten.

Der Erhalt dieses Grünzugs ist für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Natur in dieser bereits extrem hoch verdichteten Raumschaft unverzichtbar. Asperg ist in Baden-Württemberg die nach Stuttgart am dichtesten besiedelte Stadt, Tamm steht im Landkreis hinsichtlich der Besiedlungsdichte an vierter Stelle. Daher müssen wir gerade hier um jede Grünfläche froh sein und diese erhalten. Die Versiegelung dieser Fläche führt zu einer deutlichen Reduzierung der zur Verfügung stehenden Naherholungs- und Rückzugsflächen für Mensch und Natur. Eine wichtige Frischluftschneise würde zerstört

Im Hinblick auf den Klimawandel ist die Erhaltung des Schanzacker als Freifläche sowohl als Frischluftschneise als auch als CO₂-Senke besonders wichtig.

Zudem würde eine Bebauung des Schanzacker die Sicht aus Norden zum historisch besonders bedeutenden Zeugenberg Hohenasperg empfindlich stören.

Das Gebiet Schanzacker ist bisher weder verkehrlich erschlossen noch gibt es dort Versorgungsleitungen für Wasser, Abwasser, Strom und Internet. Eine Erschließung ist wegen der daneben liegenden Bahnlinie mit vier Gleisen nur über die Städte Asperg und Tamm möglich und würde weitere Eingriffe in die Natur bedeuten, abgesehen von dabei entstehenden erheblichen Kosten.

Wir sprechen uns ausdrücklich dafür aus, unsere humanitäre Verantwortung zur Aufnahme Geflüchteter auch hier im Landkreis Ludwigsburg an- und wahrzunehmen – dies soll aber im Bestand erfolgen, also etwa in leerstehenden Kasernen, Verwaltungs-, Industrie-, Gewerbe- und Wohnimmobilien. Im Fall von Neubauten soll dies nur auf bereits ausgewiesenen Flächen für Industrie-, Gewerbe- oder Wohnbebauung erfolgen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an das von der Landesregierung im Koalitionsvertrag („Erneuerungsvertrag“) vereinbarte Ziel Netto-Null beim Flächenverbrauchs bis 2035. Dieses Ziel kann sich natürlich nicht nur an die für Bebauungspläne zuständigen Städte und Gemeinden richten, sondern selbstverständlich auch an die Landesregierung selbst und ihre Vorhaben.

Wir stellen zudem in Frage, ob es sinnvoll ist, so viele geflüchtete Menschen an einem Ort unterzubringen, dazu noch ohne jegliche Anbindung an gewachsene Siedlungsstrukturen. Es könnte der Eindruck entstehen, man wolle dass Geflüchtete möglichst unter sich bleiben. Zudem ist bei einer so hohen Zahl an Flüchtlingen an einem Ort eine ehrenamtliche Unterstützung der Betreuung und eine Integration in unsere Gesellschaft überhaupt nicht mehr möglich.

Wir sprechen uns keinesfalls gegen die Aufnahme und die menschenwürdige Unterbringung Geflüchteter in Deutschland aus, sondern halten dies vielmehr für unsere humanitäre Verpflichtung. Dies muss aber an dafür geeigneten Standorten erfolgen. Dies ist bei einer möglichen Lea im Schanzacker auf keinen Fall gegeben.

Im übrigen wehren wir uns gegen durchsichtige Versuche, einen Zielkonflikt zwischen Klima-, Umwelt- und Naturschutz einerseits und humanitären Verpflichtungen andererseits zu konstruieren. Gerade der jüngste Klimabericht belegt, dass wir beiden Anliegen gerecht werden müssen. Es geht hier vielmehr um einen Konflikt zwischen Humanität, Natur- Umwelt- und Klimaschutz einerseits gegen finanzielle Interessen andererseits: So hat der Ludwigsburger OB Knecht etwa ausgeführt, mögliche Standorte in Ludwigsburger Gewerbegebieten kämen deshalb nicht in Frage, weil man zum Ausgleich der wegen des Wegzugs von W&W zurückgehenden Gewerbesteuererinnahmen dort neue Gewerbesteuererinnahmen generieren müsse.

Unterzeichner:



BUND Kreisverband Ludwigsburg
(<https://rv-stuttgart.bund-bawue.de/ueber-uns/in-der-region/kreis-ludwigsburg/>)



Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV), Arbeitskreis
Ludwigsburg



NaturFreunde Bezirk Ludwigsburg (<http://www.nf-bezirk-lb.de/>)



Verein AspergAnders e.V. (<http://www.asperganders.de/>)